

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	9
		<b>TOP:</b>	4
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	2/2018
		<b>GZ:</b>	JB
<b>Sitzungstermin:</b>	05.02.2018		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	die Vorsitzende		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Zusammenfassung der Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen 2018/2019 für den Bereich d. Jugendamtes</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 12.01.2018, GRDRs 2/2018. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Mit der GRDRs 2/2018 seien die Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen für den Doppelhaushalt 2018/2019 zusammengestellt, so die Vorsitzende. Sie bedankt sich bei den Gemeinderatsfraktionen, dass für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe viele Beschlüsse gefasst worden sind. Allem voran stehe der weitere Ausbau und Umbau der Kindertagesbetreuung bei den freien Trägern und der Stadt Stuttgart mit einem Finanzierungsvolumen im Finanzplanungszeitraum in Höhe von 53,6 Mio. € bis zum Jahr 2022. Davon entfielen ca. 3,9 Mio. € auf das Jahr 2018 und ca. 10,4 Mio. € auf das Jahr 2019. Neben zahlreichen Einzelentscheidungen, die der Vorlage entnommen werden können, weist die Vorsitzende auf den Beschluss zur Entlastung der FamilienCard-Inhaber bezüglich der Kitagebühren in 2018 und 2019 hin:

- Die Einkommensgrenzen für den Erhalt einer FamilienCard werden von 60.000 €/Jahr auf 70.000 €/Jahr erhöht.
- Die Kita-Gebühren für 3- bis 6-jährige Kinder werden für Familien mit FamilienCard mit Wirkung ab 01.08.2018 um weitere 50 € monatlich gesenkt, für Familien mit 3 und mehr Kindern in der regulären Ganztagesbetreuung entfallen sie vollständig.

Insgesamt seien mit der zusätzlichen Gebührenermäßigung und der Ausweitung des Berechtigtenkreises beim städtischen Träger Mindereinnahmen in Höhe von 217.000 € und in 2019 von 653.000 € bzw. bei den freien Trägern Mehrausgaben in 2018 in Höhe von 350.000 € und in 2019 in Höhe von 1.057.000 € verbunden.

Mit Blick auf die Förderung freier Träger teilt die Vorsitzende mit, im Bereich der Betriebskostenzuschüsse habe der Gemeinderat zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt rund 3,866 Mio. € im Jahr 2018 und rund 4,583 Mio. € im Jahr 2019 bereitgestellt. An Investitionszuschüssen über alle Angebote hinweg seien für den Doppelhaushaltszeitraum 25,86 Mio. € beschlossen worden.

StRin Ripsam (CDU) bedauert, dass angesichts der 700 Tagesordnungspunkte im Rahmen der 3. Lesung der Ausbau der Kindertagesbetreuung aus zeitlichen Gründen eine zu knappe Erwähnung gefunden habe. Schließlich sei der Kinder- und Jugendhilfebereich einer der größten Bereiche im Stadthaushalt. Im weiteren Verlauf äußert sich StRin Ripsam positiv zu den einzelnen Maßnahmen entsprechend der Vorlage, die der Gemeinderat gemäß Verwaltungsvorschlag (grüne Liste) beschlossen habe. Bemerkenswert seien die Steigerungsraten gegenüber früheren Haushalten.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) lobt die Beschlüsse, die getroffen worden sind. Als Meilenstein bezeichnen er und StRin Vowinkel (SPD) die Gebührensenkung für Kinder von FamilienCard-Inhabern für den Besuch von Tageseinrichtungen. Als weiteren wichtigen Schritt sehen StR Lazaridis und StR Walter (SÖS-LINKE-PluS) den Ausbau der Schulsozialarbeit und den Beschluss von 16 Personalstellen im Rahmen des Stellenplanverfahrens an. Im Jugendhilfebereich sei der finanzielle Rahmen ausgeweitet und erhöht worden, stellt StRin Vowinkel fest. Die Zuschüsse für die freien Träger im Rahmen der Kita-Betreuung seien ihrer Meinung nach zu gering gewesen. Sie lobt die Beschlüsse, die den "kleinen Beratungszentren" zugutekämen. Beim Ausbau der Kitabetreuung interessiert sich StRin Vowinkel für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen. Zur Kita Polifant erkundigt sie sich, ob diese Örtlichkeit im Rahmen der Standards als kindertauglich angesehen werden könne. Hierzu sagt Frau Dr. Heynen (JugA) eine Rückmeldung zu. Insgesamt begrüßt StR Walter sämtliche beschlossenen Maßnahmen im diesjährigen Haushalt. In Anbetracht der fehlenden Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung hebt er die Ausweitung der PIA-Ausbildungsplätze und die Verlängerung des Tarif-Plus hervor. Bezüglich eines kostenlosen Kitabesuchs hätte er sich einen Beschluss zu den Gebühren neben einer Erhöhung der Pauschale für die freien Träger gewünscht. StRin von Stein (FW) lobt die Beschlüsse und schließt sich ihren Vorrednerinnen und Vorrednern an.

Herr Gerstlauer äußert sich dankbar über die zur Verfügung gestellten Mittel und äußert sich positiv über die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat. Die Beschlüsse hinsichtlich der Verwendung der Mittel für den Ausbau und die Stärkung der Regelsysteme seien für ihn nachvollziehbar. Die Entscheidung zu einer Gebührensenkung bei FamilienCard-Inhabern freue ihn sehr, da es sich um eine sozialpolitische Entscheidung handle.

Den geäußerten Lobesworten schließt sich Herr Schulze-Gronemeyer nicht an. Er bemängelt die getroffenen Beschlüsse im Hinblick auf die freien Träger und begründet dies mit den gestiegenen Kosten gegenüber der Pauschale der anerkannten sonstigen Kosten. Circa 1.000 € pro GT-Gruppe sei die Pauschale erhöht worden - allerdings erhalte der Träger ausschließlich 68 % davon. In dieser Pauschale seien auch die Hauswirtschafts- und Reinigungskosten enthalten. In der Konsequenz müssten die freien Träger Eigenmittel einsetzen bzw. Elternbeiträge über den städtischen Satz hinaus erhöhen. Er bemängelt, es seien nicht alle nötigen Maßnahmen trotz möglicher Finanzen beschlossen worden. Dieser Ansicht schließt sich Herr Hiller an und bemerkt, sämtliche Kita-Sanierungsmaßnahmen über 100.000 € seien gestrichen worden, wenn nicht zusätzliche Plätze geschaffen würden. Aus Sicht der Eltern begrüßt Herr Wohlfahrt die

Anhebung der Einkommensgrenzen bei den FamilienCard-Inhabern. Aus Sicht der Elternvertretung weist Herr Wohlfahrt auf das Problem hin, dass der Tarif-Plus nicht für die neuen Arbeitsverträge gelte und dass das Gebäudesanierungsprogramm, das auch in den Bürgerhaushalt Eingang gefunden hätte, nicht angewendet werde.

Frau Haller-Kindler (OB-KB) äußert als Kinderbeauftragte, dieser Haushalt spiegle eine kinder- und familienfreundliche Stadt wider. Maßnahmen wie die Förderung des Spielmobils MOBIFANT sowie die Förderung des interkulturellen Kinderfestes begrüße sie sehr. Für weitere Beschlüsse, die zwar nicht das Jugendamt betreffen, aber zur Kinderfreundlichkeit beitragen, wie die Erhaltung der Grünflächen und der Infrastruktur, bedankt sie sich ausdrücklich. Herr Bernlöhr schließt sich den Dankesworten an und hebt die Förderung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hervor. Von der von Herrn Schulze-Gronemeyer und Herrn Hiller geäußerten Kritik distanziert er sich ausdrücklich.

Die Vorsitzende bedankt sich für die differenzierten Äußerungen und ergänzt, die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, was sich eine Landeshauptstadt im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe alles leiste. An die freien Träger gerichtet teilt BMin Fezer mit, auch sie stelle fest, dass sich das Delta der nicht gedeckten Kosten vergrößere, je mehr Kitaplätze angeboten würden. Ein Eigenanteil werde notwendig und werde zudem auch von den freien Trägern im Hinblick auf das karitative Engagement gewünscht. Am Ende sei es so, dass die Verwaltung ein hohes Interesse daran habe, dass die freien Träger in der Lage seien, Betreuungsplätze anzubieten. Das sei auch der Grund für die Zusage systematischer Gespräche. Vonseiten der Verwaltung werde die Notwendigkeit gesehen, sich systematisch neu aufzustellen und nachzusteuern, äußert die Vorsitzende. Daher werde ein solider Vorschlag unterbreitet.

Zu den Sanierungsmaßnahmen unterrichtet Herr Korn (JugA), Maßnahmen bis zu 100.000 € seien aus der Angebotsveränderungsliste finanziert worden. Im nächsten Haushalt werden Maßnahmen des Platzerhalts in Bestandsgebäuden angemeldet, verspricht Herr Korn. Hierzu hätten bereits Gespräche mit der Stadtkämmerei stattgefunden. StRin Ripsam ergänzt, 1 Mio. € seien für Sanierungen, die nicht zu einer Angebotsverbesserung führen würden, beschlossen worden. Die Verwaltung könne über das Budget verfügen und entscheide, welche Einrichtungen einen Bedarf hätten. Darüber hinaus sei eine Personalstelle beim Hochbauamt geschaffen worden, die ausschließlich die Kindertageseinrichtungen im Fokus habe.

Frau Dr. Heynen bringt ihre Hochachtung zu den Haushaltsberatungen zum Ausdruck. Ihr sei wichtig zu betonen, für eine gute Politik der Kinder- und Jugendhilfe müssten Steuern erwirtschaftet werden. Die Wirtschaft benötige Mütter und Väter im Arbeitsleben, was eine gute Infrastruktur voraussetze.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 2/2018 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö



## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (27)  
JB-BiP
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-PR  
OB-KB
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. BVinnen Mitte, Nord, Ost  
BV Süd, West
  5. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,  
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,  
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
  6. GPR (2)
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN